Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 256 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5616 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Donnerstag-Ausgabe

Donnerstag, 29. Mai

Anzeigenpreis: Einspaltige Millimeterzeile für Halle 30 Pfg., auswärtige je Zeile 40 Pfg. — Reklamezeile 1,25 Mk. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Lützowstraße Nr. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Hochverrat im deutschen Rheinland

Ausrufung einer Rheinischen Republik

Frankfurt a. Main, 28. Mai.

Aus vertrauenswürdiger Quelle wird mitgeteilt, daß trotz wiederholter Ableugnung die Ausrufung der rheinischen Republik in Aachen und in Wiesbaden für den morgigen Himmelfahrtstag endgültig geplant ist.

Berlin, 28. Mai.

Die Reichsregierung erläßt folgende Warnung: Nach zuverlässigen Nachrichten besteht der verbrecherische Plan, die Provinz Rheinland zu einer selbständigen Republik auszurufen. Verfassungsmäßig bildet die Provinz Rheinland einen Bestandteil des preußischen Staates. Wer es unternimmt, diesen verfassungsmäßigen Zustand durch Loslösung der Provinz Rheinland vom preußischen Staatsgebiet zu ändern, macht sich des Hochverrats schuldig, der nach § 81 des Reichsstrafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungsstrafe bestraft wird. Die Strafverfolgungsbehörden sind verpflichtet, gegen jeden an den hochverräterischen Umtrieben Beteiligten mit der vollen Schärfe des Gesetzes einzuschreiten.

Wie die „Voss. Ztg." berichtet, ist die „Rheinische Zeitung" wegen Veröffentlichung der Unterredung des französischen Generals Mangin mit dem Redakteur der „Kölnischen Volkszeitung" Frohberger und den beiden Zentrumsabgeordneten auf 8 Tage von der britischen Besatzungsbehörde verboten worden. Die sozialdemokratische Partei in Köln habe für die nächsten Tage große Protestversammlungen gegen den hochverräterischen Plan einberufen, Rheinland von Deutschland zu trennen. Das Kabinett habe sich gestern abend mit den Vorkommnissen in Mainz, Koblenz und Köln befaßt. Dabei sei der Gedanke der Ernennung eines Staatskommissars ventiliert worden, da diese Einrichtung sich in Schleswig und Oberschlesien bewährt hat.

Das Preußenparlament und die rheinische Republik

Berlin, 28. Mai.

25. Sitzung.

Am Ministertisch u. a. Hirsch, Haenisch.

Vizepräsident Dr. Frentzel eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten. Die Abgeordneten Graef-Frankfurt (Soz.), Dr. Friedberg (Dem.) und Genossen stellen eine förmliche Anfrage über die Bestrebungen zur Begründung eines neutralen Staates Rheinland und über die beabsichtigten Maßnahmen der Regierung wegen solcher hochverräterischer Umtriebe.

Abg. Jansen (Dem.): Das Zentrum wußte sehr gut, daß in seinen Reihen Anhänger der Loslösungsbestrebungen zu finden waren. Gewiß mögen manche bona fide gehandelt haben, daß sie die Rheinlande nur als selbständige Republik dem Reiche erhalten könnten. Als sie aber erfuhren, daß diese Erwartung nicht zutraf, mußten sie ihre Bestrebungen sofort aufgeben. Soweit sie trotzdem weiter verfolgt wurden, handelt es sich um glatten Landesverrat. Die Führer wollen die völlige Loslösung der besetzten Gebiete vom Reiche mit allen Mitteln durchsetzen. Die Verhandlungen der Herren mit dem Feinde sind und bleiben Hochverrat. (Sehr richtig!) In der Gesinnung des Volkes wird man die Rheinlande nie von Deutschland losreißen. Wir wollen deutsch bleiben, jetzt und in aller Zukunft. (Beifall.)

Abg. Klingemann (Deutschnational): Wir glaubten in der vaterländischen Aussprache die rheinisch-westfälische Republik beseitigen zu haben; leider war das nicht der Fall. Kein Vorwurf ist hart genug gegen diesen Plan, das rheinische Volk selbst ist dagegen. Die Einwohnerzahl ist unter preußischer Herrschaft bis auf 7 Millionen gestiegen. Das Rheinland ist aufs engste mit Preußen verbunden.

Abg. Stücker (U. S.): Die Arbeiterschaft steht allen Machenschaften, die auf die Loslösung der Rheinlande abzielen, fern. Die Weltrevolution und das Rätesystem werden wieder gesunde Zustände herstellen. (Lachen.)

Ministerpräsident Hirsch: Während in den meisten Gebieten die Bestrebungen auf Lösung der alten Staatsbande eingestellt worden sind, haben sich die Rheinlande als Rährboden für immer wiederkehrende Ablösungsbestrebungen erwiesen. Was dort geschehen, wird sich als verhängnisvoll erweisen, wenn man von den Loslösungsbestrebungen dort nicht entschlossen zurücktritt. Schon bei früheren Gelegenheiten ist auf die Wirkung aller derartigen Unternehmen auf das Ausland hingewiesen worden und es ist betont worden, daß ein solcher Schritt gerade in der Stunde der größten Not unseres Staates als außerordentlich gefährlich angesehen werden müßte. Außer der preußischen Regierung hat auch seinerzeit die Reichsregierung erklärt, daß Sonderbestrebungen nicht gestattet würden, weil die Gegner nur auf die Verwirklichung solcher Bestrebungen warteten. Es ist außerdem darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Feinde die Ablösungsbestrebungen als Beweis dafür ins Feld geführt haben, daß sie keine Annexionspolitik treiben. Leider sind unsere nachdrücklichen Mahnungen nicht geachtet worden. Weitere Kreise sind in Verhandlung mit dem Feinde getreten, entgegen den Meldungen von interessierter Seite. Weder die Reichsregierung noch die preußische Regierung wurde davon unterrichtet. Erst am 19. Mai erhielten wir Kenntnis, daß Dr. Frohberger am 15. und 16. Mai mit der Absicht zur Führung solcher Verhandlungen nach Mainz abgereist ist. Erst gestern erhielten wir die amtliche Nachricht darüber. Danach hat Dr. Frohberger an einer Dienststelle über seine beabsichtigte Reise eine Aufzeichnung gemacht, in der er die Behauptung aufstellt, es handle sich um Anhörung feindlicher Vorschläge, nicht um ihre Förderung. Selbst unter dieser Voraussetzung war der Antritt Frohbergers sehr bedenklich. (Lebhafter Beifall.) Verschiedene Redner haben jetzt schon von Hochverrat gesprochen. (Lärm und Unterbrechung bei den Unabhängigen.) Es kann zu diesem so harten Urteil nur auf Grund amtlich festgestellter Tatsachen kommen. Vor wenigen Minuten erhielt ich einen Bericht über die Vorgänge in Mainz. Danach hat General Mangin die Ansicht ausgesprochen, daß die Politik in Deutschland die Ordnung stören würde. Dr. Frohberger hat den Vorschlag gemacht, der neue Freistaat solle neutral sein, dem Völkerbund unterstehen und Deutschland ein Mitsprecherrecht haben. Wenn die in dem Bericht mitgeteilten Tatsachen richtig sind, dann handelt es sich allerdings um Hochverrat und dann muß die Regierung von ihren Machtmitteln Gebrauch machen. (Zurufe des Abg. Hoffmann: Aber nicht erst, wenn der Vogel ausgeflogen ist.) (Heiterkeit.) Die Behauptung, die Förderer der Sonderbestrebungen hätten mit ihrem Vorgehen eine

Mildderung der Friedensbedingungen

für das ganze Reich erzielen wollen, mag für einige Teilnehmer der Unternehmungen zutreffen. Für Herrn Dr. Frohberger liegt die Sache aber bestimmt anders. Außerdem würde die Prüfung der Vor- und Nachteile von Gebietsabtretungen oder Neubindungen nicht Aufgabe Privater sein, sondern der für die Verhandlungen mit den Gegnern berufenen Stellen, deren Stellungnahme durch das Sondervorgehen verhängnisvoll erschwert wird. Die Beteiligten an den Loslösungsbestrebungen laden sich zweifellos eine schwere Schuld am ganzen deutschen Volke auf. Sie wußten um die schon früher festgestellten Bestrebungen der Franzosen, den deutschen Machtbereich auf das rechte Rheinufer zu beschränken. Ein rheinischer Freistaat kann sich außerhalb des Verbandes des Deutschen Reiches überhaupt nicht halten. Die Beziehungen zu Frankreich, von denen in der „Kölnischen Zeitung" gesprochen wird, ist nur der Einfluß des Auslandes auf die Gestaltung der rheinischen Republik. Sie weisen darauf hin, daß diese Staatenbildung sich außerhalb des Rahmens des Deutschen Reiches vollziehen soll, daß es sich hier also tatsächlich um unbestreitbare Loslösungsbestrebungen handelt. Die preußische Staatsregierung ist sicher, daß die Ablehnung dieser Bestrebungen auch von der Bevölkerung geteilt wird. Angesichts der gestrigen Zentrumserklärung und der Erklärung der übergroßen Mehrheit, ja vielleicht des ganzen Hauses, werden hoffentlich die Ablösungsbestrebungen sehr bald nur noch eine schmerzliche Erinnerung einer schmerzlichen Zeit sein. Sollte der Feind weitere Versuche machen, die Bestrebungen auf Loslösung der Rheinlande zu unterstützen, so wird sich ihm das starke Selbstbewußtsein des ganzen Reiches entgegenstellen. Die im Hause vorgebrachten Klagen über die Zurückhaltung der Staatsregierung gegenüber dem Rheinland und zu bürokratischem Vorgehen lassen sich leicht als unberechtigt nachweisen. Der Feind will ganz einfach nicht, daß die Bevölkerung des Rheinlandes über die Maßnahmen der Regierung etwas erfährt. Die Rheinlande können sicher sein, daß die rheinländische Verwaltung nur Männern mit allseitigem Vertrauen übertragen wird. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Kasse (D. Vpt.): Wir erwarten von der Regierung alles Erforderliche, um das Volksganze zu erhalten.

Abg. Dr. Hertz (Deutschnational): Erörterungen wie heute können nur dazu führen, die Positionen und die Forderungen unserer Regierung der Entente gegenüber aufs Äußerste abzuschwächen. Dies ist umso bedauerlicher, als die Regierung, wie wir aus ihren Gegenvorschlägen leider feststellen müssen, eine Nachgiebigkeit zu zeigen entschlossen ist, die uns vollkommen unverständlich erscheint. (Zustimmung rechts.) Die Regierung hat die Stimme des Volkes, die heute noch viel freier und heftiger in die Entschädigung getreten ist, ungehört verhallen lassen. Die Gegenvorschläge liegen in ihrer Gesamtheit noch nicht vor, aber der allgemeine Eindruck, den wir von dem haben, was bisher veröffentlicht wurde, ist niederschmetternd, so daß wir die Regierung dringend warnen müssen. (Wiederholte Zustimmung rechts.) Von den Einzelvorschlägen kann kein Mensch sich bisher ein richtiges Bild machen. Die Zeitungen berichten darüber ganz verschieden. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" wird gesagt, die Regierung sei entschlossen, unsere Truppenmacht auf 100 000 Mann zu beschränken.

(Fortsetzung des Preußenparlaments auf der 2. Seite.)

Für die Ehre unserer Offiziere

Eine Entgegnung

In Nr. 115 der „Halleschen Nachrichten" vom 23. Mai schreibt in einem Artikel „Die Schuld am Zusammenbruch", ein Herr Richard Bahr,

„daß in den nächsten Wochen und Monaten eine Flut von Bekenntnisbüchern, u. a. von Bethmann, Tirpitz, Ludendorff, Jagow auf unser Volk niederregnen wird, welche das Bedürfnis haben, sich zu rechtfertigen und vor aller Oeffentlichkeit auszubreiten, was ihre Schuld kleiner, bezw. sie selber schuldlos erscheinen läßt. Es sei auch nicht zu bestreiten, daß solchen Schriften ein gewisser Wert innewohnen und die Akten dadurch wertvoll ergänzt werden können, wenn nur dergleichen mit Takt und von taktvollen Leuten niedergeschrieben wird."

Gut, und das soll auch durchaus nicht bestritten werden, ebensowenig wie so manche gewiß zutreffenden Ausführungen in dem erwähnten Artikel. Dann aber muß man von dem Autor eines solchen Artikels auch verlangen, daß er sich selbst beim Schreiben des so warm empfohlenen erforderlichen Taktes, sowie der strengsten Objektivität und Sachlichkeit befleißigt.

Nachdem aber Herr Richard Bahr noch mehrfache „Ursachenreihen für den Zusammenbruch in der Heimat" angeführt hat, kann er es sich nicht versagen, „auch an der Front an der Hand sehr zuverlässiger Nachrichten die freundliche Gepflogenheit zu brandmarken, sich wertvolle Besitzgegenstände der Quartiergeber als Kriegsandenken anzueignen, sowie von den Erzeugnissen des besetzten Landes der teuren Gattin, der Freundschaft und Gevatterschaft mitzuteilen." — Warum erzählt er nicht lieber gleich von Raub und Plünderung? Weiß er nicht, daß (auch für die Mannschaften) die Heimsendung von Viktualien nach der darbenden Heimat, wo angängig, freigegeben war? Erscheint es ihm so unglaubwürdig, daß so manches „Andenken" seitens der Offiziere mit schwerem Gelde erstanden, die Viktualien erkauft worden sind?

Um nun dem Ganzen die Krone aufzusetzen, schleppt er auch noch sein Scheitelein Holz zu dem Scheiterhaufen heran, auf den der Offizierstand verbrannt werden soll und verfällt in den häßlichen Fehler mittelmäßiger Charaktere, aus vereinzelt vorgekommenen Fällen zu verallgemeinern, indem er, ohne auch nur den Schein eines Beweises für seine frivole Behauptung anzutreten, den ganzen Stand schlankweg der Demoralisation bezichtigt, mit frommen Augenaufschlag an die Brust schlagend: „dieses dunkelste und eines der schmerzlichsten Kapitel dieses Weltkrieges, allzumal wir Sünder sind, lieber nicht aufschlagen zu wollen." Ist es ihm dabei wohl zum Bewußtsein gekommen, daß er damit — ganz von Böswilligkeit abgesehen — einen Stand verunglimpft, dessen Mitglieder 4½ Jahre lang in treuester Pflichterfüllung sich aufgeopfert, ihr Blut in Strömen vergossen und zu mehr als 50 vom Hundert ihr Leben für das Vaterland hingegeben haben? Ein Blick in die Rangliste würde ihm die so traurige Tatsache gezeigt haben, daß die Offizierskorps vieler Regimenter buchstäblich ganz oder zum größten Teil — ausgestorben sind.

Und was war der Dank dafür? Bei der Heimkehr von der Gosse mit Schmutz beworfen, ihrer Waffe, die sie so lange Zeit zur Verteidigung des vaterländischen Bodens mit Ehren geführt, ihrer Rangabzeichen mit Gewalt beraubt, von befreiten Zuchthäuslern und notorischen Ueberläufern und anderem bewaffneten Gesindel in gröblichster Weise angepöbelt und beleidigt, im günstigsten Falle noch als verdächtige Reaktionäre beargwohnt und dementsprechend behandelt — alles Errungenschaften und üble Begleiterscheinungen der Revolution! In der Tat, wenn von „dunklen Kapiteln" in den Jahrbüchern des deutschen Volkes doch einmal die Rede sein soll, dann ist dies sicher eines der schwärzesten, bei dessen Aufschlagen bis in die fernsten Zeiten Enkeln und Urenkeln die Röte der Scham in die Wangen steigen wird —

Was für ein eigentümliches Licht aber, so frage ich, wirft nun die Beschuldigung unseres Offizierkorps seitens des Herrn Bahr, wie die vorerwähnte auf die Ermahnung des Genannten an die Herren Ludendorff usw. zur Befleißigung des erforderlichen Taktes bei ihren Veröffentlichungen, sowie auf seine eigene Person? Nein, Herr Bahr, unser deutsches Offizierkorps — aktives, wie inaktives — steht glücklicherweise viel zu hoch da, — Aus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905291-15/fragment/page=0001

nahmen, welche ja überall, also auch bei einer solch großen Korporation natürlicherweise hervorgetreten sind, bestätigen ja nur die Regel — und dieses Bewußtsein und das Vertrauen zu denselben ist in dem großen und gesunden Teil unserer Nation viel zu fest und unerschütterlich verwurzelt, als daß es schließlich von jedem Beliebigen als „demoralisiert" gebrandmarkt werden kann, und es werden daher alle derartigen Verdächtigungen und Anschuldigungen rettungslos von ihm abprallen. Ihnen daher zum Schlusse nur noch die Mahnung: Suchen Sie ihre Lorbeeren lieber auf einem anderen Gebiete als die Beurteilung unseres Offizierkorps und ein recht deutliches: Hand weg von unserem deutschen Offizierstand!

Rieder von Riedenau.

* * *

Heute Ueberreichung der Gegennote

Die deutschen Friedensvorschläge sollen erst am Donnerstag in Versailles überreicht werden, da es technisch nicht gelungen ist, die Mantelnote und die umfangreiche Denkschrift vorher fertigzustellen.

*

Die Pariser Presse suchte heute vormittag wiederum dem französischen Volke zu beweisen, daß wenig Hoffnung für die Deutschen bestehe, auf eine Abänderung des Friedensvertrages zu rechnen. Die Blätter hoffen wiederum auf die vorgesehenen militärischen Maßnahmen und auf eine Verschärfung der Blockade und betonen, daß die Oeffentlichkeit Deutschlands sich allmählich mit dem Gedanken der Unterzeichnung des Vertrages vertraut mache. Namentlich der „HommeLibre", das Blatt Clemenceaus, führt wiederum eine zynische Sprache und spottet über die zu überreichende Denkschrift. Auch „Figaro" schlägt denselben Ton an.

100 Milliarden ein Opfer ohnegleichen

Dr. Dernburg über die Finanzdeserteure.

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 28. Mai.

Ein Mitglied der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" hatte mit dem Reichsfinanzminister Dernburg über den deutschen Vorschlag einer Kriegsentschädigung von 100 Milliarden Goldmark eine Unterredung. Dernburg erklärte nachdrücklich, daß das deutsche Zugeständnis außerordentlich weitgehend sei und daß, wenn die Zahlung einer solchen Riesensumme überhaupt in Betracht kommen kann, bestimmte Voraussetzungen von der Gegenseite erfüllt werden müssen. Hierzu gehört u. a.: daß die Entente von ihren Zerstörungsplänen Abstand nimmt, daß die Weltwirtschaftsstellung Deutschlands nicht erschüttert wird, daß man uns einen Teil unserer Handelsflotte, sowie die Kolonien zurückgibt. Die Anerkennung einer Höchstsumme von 100 Milliarden Goldmark belastet unseren ohnehin angespannten Etat in sehr bedenklicher Weise und es wird außerordentlich schwierig sein, die jährliche Summe von einer Milliarde aufzubringen. Daß die in Betracht kommende Summe nicht in Gold gezahlt werden kann, ist klar. Als Gegenwert kommt die deutsche Arbeit in Betracht. Notwendig ist ferner, daß die Entente sich mit uns über eine nationale Rechtshilfe verständigt, derart daß die finanzstellen Deserteure jetzt zu den deutschen Lasten herangezogen werden, denn es ist undenkbar, wollte man denjenigen frei lassen, der durch Kapitalflucht ins Ausland sich der Steuerpflichterfassung entzogen hat. Sie müssen genau so an den Lasten tragen, wie die im Lande Verbliebenen. Alles in allem, muß das deutsche Volk sich darüber klar sein, daß es mit dem finanziellen Zugeständnis ein Opfer bringt, wie nie zuvor in der Weltgeschichte es ein Volk gebracht hat.

Die 14 Widersprüche Wilsons

(Von unserem eigens zur Friedenskonferenz entsandten zv-Sonderberichterstatter.)

Versailles, 28. Mai.

„Oeuvre" spricht heute von 14 Widersprüchen Wilsons und weist eingehend nach, daß nach nie ein Apostel weniger Kraft gehabt habe, sein Evangelium zu verteidigen, als Wilson, der der Welt eine neue Moral habe bringen wollen, aber nicht die Kraft besessen habe, den Wilsonismus zum Sieg zu führen. Spöttisch fragt das Blatt, ob Wilson denn noch wilsonitisch sei, und erklärt gegenüber der gesamten Pariser Presse, daß es nicht gleichgiltig sei, daß an Stelle von Scheidemann und Brockdorff-Rantzau irgendein Unabhängiger den Friedensvertrag unterzeichnet, ihm also durch Drohungen eine Unterschrift entrissen werde. Besser als „Oeuvre" das schrittweise Zurückweichen Wilsons und die vollständige Verleugnung seiner 14 Punkte nachweist, kann dies auch deutscherseits nicht geschehen. Die Tatsache, daß es ein nationalistisches Blatt ist, das ein derartiges vernichtendes Urteil über das Ergebnis der Arbeit des Viererrates fällt, macht es besonders wertvoll, umsomehr als erklärt wird, die Völker, die aus Wilsons zitternden Händen eine Ruine entgegennähmen, hätten die Aufgabe, Wilson gegen Wilson zu verteidigen und einem Recht zum Siege zu verhelfen, das die Grundlage der künftigen Weltordnung sein müsse. Man kann nichts anders tun, als diese Gedanken zu verbreiten, denn sie unterstützen wollen, hieße ihre Wirkung abschwächen.

Die Schweiz bleibt neutral

Bern, 28. Mai.

In der Sitzung vom Dienstag beschäftigte sich der Bundesrat mit der Blockadenote der Alliierten. Er wird am Mittwoch seine Antwort festsetzen. Wie verlautet, wird darin in entschlossener Weise der Schweiz zum Ausdruck gebracht, absolute Neutralität zu bewahren.

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Frankfurt a. M., 28. Mai.

Wie die „Frankfurter Zeitung" mit Bestimmtheit versichert, hat die französische Okkupationsbehörde seit heute früh die gesamte Wareneinfuhr aus dem besetzten und unbesetzten deutschen Gebiet, die sie bisher begünstigte, gesperrt.

Belgische Pläne

Berlin, 28. Mai.

Die belgische Presse vom 26. meldet, daß die belgischen Deputierten Buisset, Destrée und Imperiali im Auftrage der belgischen Regierung am 23. und 24. Stavelot, Malmedy, Eisenborn, Montjoie und Eupen besucht haben. Der Zweck ihrer Fahrt soll sein, den Kreis Malmedy abzurunden, unter anderem durch den Bahnhof Montjoie.

„Soir" meldet, beim Vormarsch würden die Belgier Essen, Düsseldorf, Barmen und Solingen besetzen.

Gegen den Gewaltfrieden

Berlin, 28. Mai.

„Daily News" veröffentlicht eine von 40 Gelehrten und anderen Persönlichkeiten unterschriebene Erklärung, die sich scharf gegen die Friedensbedingungen ausspricht. In der Erklärung heißt es:

Dieser Friede kann nicht von Dauer sein. Er wird weitere Kriege verursachen. Deutschland wird zu einer Helotennation gemacht. Der Völkerbund wird eine Allianz zur Ueberwachung Deutschlands. Die Bedingungen sind ein schmählicher Treubruch gegen den Geist der 14 Punkte Wilsons. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die endgiltigen Bedingungen für Deutschland ein anderes Aussehen erhalten werden.

„France Libre" und andere Pariser Blätter berichten, daß an der sozialistischen Kundgebung auf dem Pere Lachaise auch Soldaten und Offiziere teilnahmen, die riefen: „Nieder mit dem Krieg!"

Um den englischen Magen

London, 27. Mai.

Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage bezüglich der Zusammenarbeit der Alliierten, um eine wirksame Kontrolle über den Bedarf und die Versorgung der Welt mit Lebensmitteln trotz der gegenwärtig erhöhten Preise und der sich möglicherweise ergebenen Knapphoit einzurichten, sagte der Lebensmittelkontrolleur Roberts, alle Lebensmittelfragen seien in der Lebensmittel-Abteilung des Obersten Wirtschaftsrates in Paris zentralisiert worden, der aus Vertretern der alliierten Regierungen zusammengesetzt sei. Kenworthy fragte, ob auch Neutrale zur Beteiligung an diesem Rat eingelassen werden sollen. Roberts antwortete verneinend. In Beantwortung einer anderen Frage sagte Roberts, soweit man voraussehen könne, bestehe kein Grund zu der Annahme, daß ein nennenswertes „zu kurz" in der Versorgung Großbritanniens mit den wichtigsten Lebensmitteln während des kommenden Winters eintreten werde. Es bestehe jeder Grund zur Annahme, daß genügend Schiffsraum zur Einfuhr der Lebensmittel vorhanden sein werde.

Polen will gegen die Ukrainer ziehen

Versailles, 28. Mai.

Paderewski ist gestern abend in Paris eingetroffen und hat einem Mitarbeiter des „Matin" erklärt, er komme, um im Auftrage des polnischen Landtages um die Ermächtigung zu bitten, die polnische Armee nicht nur gegen die Bolschewisten, sondern auch gegen die Ukrainer frei verwenden zu können. Er hoffe, daß diesem Wunsche nachgegeben werde.

Die Volkswehr Oesterreichs

Wien, 28. Mai.

In einer gestern von Volkswehrleuten besuchten Protestversammlung gegen den Abbau der Volkswehr wurde eine Resolution angenommen, in der die durch Erlaß des Staatssekretärs des Heeresamtes entsprechend dem ausdrücklichen Wunsche der Entente nach Herabminderung des Bestandes der Wiener Volkswehr um 25 Prozent angeordnete Entlassung eines Teiles der Volkswehr als schwere Schädigung der Betroffenen und als Gefahr einer weiteren Verminderung des Heeres der Arbeitslosen bezeichnet wird. Es wird deshalb der Befehl zum Abbau der Volkswehr nicht zur Kenntnis genommen. Weiter wurde den dem Vollzugsausschuß angehörenden Soldatenräten wegen ihrer Haltung in dieser Frage das Mißtrauen ausgesprochen.

Oesterreichs Kriegsschulden

Versailles, 29. Mai.

Nach dem „Intransigeant" erhält Italien wahrscheinlich die Gebiete bis zum Brenner. Aber weder hier noch in der Frage der südslawischen Forderungen, wo über Kärnten Unstimmigkeiten bestehen, ist eine endgiltige Regelung erfolgt. In der Frage der Uebernahme der Kriegskosten ständen ein französischer und ein amerikanischer Vorschlag einander entgegen. Die Amerikaner möchten, daß Deutschösterreich 50 Prozent, Ungarn 35 Prozent, die Tschechoslowakei 10 Prozent und die Südslawen 5 Prozent übernehmen. Die Franzosen verlangen, daß die gesamte Schuld zur Hälfte von Oesterreich und Ungarn zusammen, zur anderen Hälfte von den Tschechoslowaken und Südslawen getragen werde. Oesterreich und Ungarn einerseits und die Tschechoslowakei und Südslawien andererseits müßten sich untereinander über den auf sie entfallenden Anteil verständigen.

*

Bayrische Maßnahmen

(Von unserem Münchner bz-Sondermitarbeiter.)

München, 28. Mai.

Die politische Lage in Bayern hat die Regierung zu den schärfsten Maßnahmen veranlaßt. Nicht nur Ausländer, sondern auch die über 50 Jahre alten Deutschen, die die bayerische Staatsangehörigkeit nicht besitzen, haben sich in jedem Ort in Bayern, wo sie mindestens 24 Stunden Wohnung nehmen, innerhalb 24 Stunden nach ihrer Ankunft unter Vorzeigung ihrer Ausweise persönlich zu melden. Ausländer dürfen in Bayern länger als 7 Tage nur mit vorheriger Genehmigung Wohnung nehmen.

Vor einem Putsch in Magdeburg

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Magdeburg, 28. Mai.

Wie bei den hiesigen Behörden bekannt wurde, soll in den nächsten Tagen von den Unabhängigen ein Putsch in Szene gesetzt werden. In öffentlichen Versammlungen künden die Unabhängigen an, daß die jetzige Regierung kaum noch 14 Tage mehr auf ihrem Posten bleiben werde. Die Anschlagsäulen tragen auffällige Plakate, die mehr andeuten, als sie aussprechen. Offenbar will man die politische Erregung, die erwartet wird in den kritischen Tagen der Entscheidung über den Gewaltfrieden, benutzen, um die geplante Aktion durchzuführen. Mitteilungen, die aufgefangen worden sind, lassen darauf schließen, daß man diesmal technisch und ganz speziell vorgegangen beabsichtigt. Es soll aus Leuten mit militärischer Ausbildung eine Rote Armee gebildet werden. Die Waffenlager sind bereits festgestellt worden, die Wachen sollen übertrumpelt und die Rote Armee bewaffnet werden. Radfahrer- und Kraftfahrerabteilungen sind gebildet worden, die zwischen den Stadtbezirken der benachbarten Orte die Verbindung aufrecht erhalten und Transporte ausführen sollen. Vorkehrungen sind getroffen, um dem Beamtenstreik entgegen zu wirken. Ein besonderes Detachement hat die Aufgabe, Geiseln zu bestimmen und festzunehmen zu lassen.

In einer noch bekanntzugebenden Nacht soll losgeschlagen werden. Zunächst sollen die Bahnen und Lebensmittelläger besetzt werden. Das Ziel ist, die Regierung und alle zu ihr stehenden Behörden zu beseitigen.

Vom Ostmarkenparlament

Berlin, 28. Mai.

Im Remter des alten Ordensschlosses Marienburg trat am 27. Mai der in Berlin von den Abgeordneten der Ostmark gewählte parlamentarische Aktionsausschuß für Westpreußen, Ostpreußen und den Militär- und Regierungsbezirk Bromberg unter Teilnahme von Vertretern der Militär- und Zivilbehörden zur Beratung der Lebensfragen Alt-Preußens zusammen. Der Vorsitzende des Ausschusses, MdR. geordneter Gehl-Danzig, der Oberpräsident von Westpreußen, Schnakenburg, Reichskommissar Winnig und der Bürgermeister der Stadt Marienburg wiesen in Begrüßungsansprachen auf den Ernst der Stunde hin. Der Vorsitzende stellte unter allgemeiner Zustimmung fest, daß bei der Arbeit für die Rettung der Heimat alle Sonderbestrebungen der Parteien zurückzustellen sind. Im Namen der Reichs- und Staatsregierung begrüßte sodann Gesandter Nadolny die Versammlung und gab die Stellung der Regierung gegenüber den auf die Zerstückelung der deutschen Ostmark gerichteten feindlichen Forderungen bekannt. Nach dem Vortrage des Abgeordneten Dr. Fleischer wurde die Errichtung von Unterausschüssen für Allgemeines, für Organisationsfrage und für Aufklärungsdienst beschlossen. Die Ausschüsse nahmen die Arbeit sofort auf. Die Geschäftsstelle befindet sich bis auf weiteres in Leipzig. Vollsitzungen finden abwechselnd in verschiedenen Orten der gefährdeten Gebiete statt. Zum Schluß der Sitzung wurde eine Entschließung gefaßt, wonach der parlamentarische Ausschuß der gefährdeten Teile Ostpreußens die Bevölkerung auffordert, in dieser Zeit, da der Kampf um die Rettung des Deutschtums alle Kräfte erfordert, alle politischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Gegensätze zurückzustellen. Der parlamentarische Ausschuß erachtet insbesondere alle Fernhaltungen von Störungen des wirtschaftlichen Lebens als unumgängliche Voraussetzung für die erfolgreiche Führung des Abwehrkampfes und appelliert darum an das nationale Pflichtgefühl der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und fordert beide auf, die schwebenden oder neu auftauchenden Streitfragen auf dem bewährten Verhandlungswege auszutragen. Der Ausschuß ersucht die Regierungsbehörden, dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zu widmen und kein Mittel unversucht zu lassen, um Streik zu verhindern. Wo es um die Zukunft Deutschlands und der Ostmark geht, müssen alle einmütig zusammenstehen.

*

Preußenparlament

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Rede des Abg. Dr. Hergt (Dtschn.).

Das „Berliner Tageblatt" sprach von einer Steigerung von 300 000 auf 250 000 Mann. Jedes Kind muß sich sagen, daß 100 000 Mann nicht genügen, um in Deutschland für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Ich nehme an, daß es sich bei der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" um ein Mißverständnis handelt. Was will man dazu sagen, wenn in Ost- und Westpreußen, auch in reindeutschen Gegenden, man es noch zu einer Volksabstimmung kommen läßt. Warum fehlt Posen? Will man Posen etwa opfern?

In Posen brennt es und der Sturm bricht los.

Will man dieses freie deutsche Land opfern? Wie können wir einen Teil unserer Handelsflotte anbieten? Wie können wir wir unsererseits eine Kriegsentschädigung von einer Höhe zusagen, daß einem die Haare zu Berge stehen? Ein hundert Milliarden Gold, das weiß ich noch aus meiner früheren Tätigkeit als Finanzminister, daß von diesen hundert Milliarden Deutschland endgültig kaput geht. (Lärm und während des nachfolgenden Teiles der Rede andauernde Unruhe bei den Unabhängigen.) Ueber unser Angebot, die Kolonien nach den Grundsätzen des Völkerbundes zu verteilen, verliere ich kein Wort. Durch die ganzen Gegenvorschläge zieht sich wie ein roter Faden eine Art Schuldbekenntnis. Wir haben es endlich satt, immer als Unrechtmacher hingestellt zu werden. Mit dem Zugeständnis eines neutralen Gerichtshofes, vor den auch unsere Feldherren und Staatsmänner zu kommen hätten, geben wir schon die Möglichkeit zu, daß sie eine Schuld trifft. Das widerstreitet einfach der Ehre des deutschen Volkes. Wir haben uns lohal hinter die Regierung gestellt, wenn sie die Interessen des Volkes wahrnimmt. Hier ist der Scheidewege, hier werden wir, wenn es sein muß, in die schärfste Opposition treten. Videant consules! (Lebhafter Beifall.)

Abg. Herold (Ztr.): Das Zentrum hat von den Bestrebungen, an denen auch Mitglieder anderer Parteien teilnahmen, keine Kenntnis gehabt. Die Bewegung hätte nie um sich greifen können, wenn sich die Regierung nicht seit Jahrzehnten am Rheinlande versündigt hätte.

Ministerpräsident Hirsch: Es trifft nicht zu, daß die Stimme des Volkes ungehört verhallt ist. Die große Mehrheit des Volkes wollte nicht, daß man die Friedensvorschläge einfach ablehnt, sondern daß man Gegenvorschläge macht und so versuchen soll, auf den Weg der Verhandlungen zu gelangen. Der Vorwurf auf die Regierung sei eine Ehrlosigkeit. Die Vorschläge der Reichsregierung wollten nicht solchen Vorwürfen begegnen, namentlich nicht in so überaus ernsten Momenten. Die Reichsregierung hat mit den Gegenvorschlägen dem Willen der großen Mehrheit des Volkes ausgeführt. Selbstverständlich kann man nicht rundweg alle Forderungen der Gegenseite ablehnen und unter allen Umständen die Verschleppung vorziehen. Denn wieder ein noch viel namenloseres Unglück die Folge sein. Wir sind überzeugt, daß die Reichsregierung mit dem Schritt, den sie unternommen hat, am besten die Interessen des Volkes wahrnimmt.

Abg. Herold (Ztr.): Wir sind deutsch und wollen deutsch bleiben.

Abg. Schäfer (Dn.): Bei den Friedensverhandlungen scheint die Regierung auf der ganzen Linie eine uns vollkommen unverständliche Nachgiebigkeit zu zeigen. Die Gegenvorschläge sind so niederschmetternd und erschütternd, daß wir hier nochmals unsere Stimme erheben müssen. (Beifall rechts.)

Abg. Stäcker (U. S.) bezichtigt die Rechte unter ansteigendem großem Lärm der Schuld an den jetzigen Zuständen.

Abg. Schloßmann (Dem.): Wir sind uns ausnahmslos einig in der Verurteilung der Mainzer Vorgänge und danken dem Zentrum, daß es rückhaltlos gegen seine beiden Fraktionsmitglieder Stellung genommen hat.

Abg. Dr. Heß (Ztr.): Eine westdeutsche Republik aus den Händen der Entente würden wir niemals wollen. Wir sind mit Deutschland groß geworden und wollen bei Deutschland bleiben. Dem Ministerpräsidenten sind wir dankbar für die ruhige und vorsichtige Art, mit der er heute das rheinische Problem behandelt hat. Ich betone nochmals: Wir wollen bei Deutschland bleiben. (Zuruf der Unabhängigen: Und bei Preußen?)

Abg. Steinbrink (Soz.): Wir müssen vom Zentrum erwarten, daß es die landesverräterischen Elemente aus seinen Reihen ausschickt.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Freitag 12 Uhr: Anfragen und Anträge. Schluß 5¼ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905291-15/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 29 Mai.

Zum 29. Mai

Der heutige 29. Mai ist ein Tag von weltgeschichtlicher Bedeutung. An ihm läuft die von den feindlichen Mächten gestellte, letzte Frist ab, bis zu der Deutschland seine Einwände gegen die unerhörten Friedensbedingungen in Verbindlichkeit vorbringen darf. In der Folge bleibt uns nur noch die Entscheidung über ein nacktes Ja oder Nein, ob wir uns Bedingungen beugen wollen, die darauf abzielen, Deutschland für unberechenbare Zeit aus der Reihe der Großmächte zu verbannen.

Selten sind die Gedanken einer Nation so eingenommen gewesen in die Händel dieser Welt, wie in diesen entscheidungsschwersten Stunden. Da mag der Klang der Feierabendglocken am heutigen Tage befremdlich anmuten. Und vielen, denen sie zurufen wollen, daß heute Himmelskahrtstag ist, werden sie nichts zu sagen vermögen, andere eher mit einem Gefühl geheimer Bitternis erfüllen.

Und doch ist es in einer Zeit entstanden, die einzig sich mit der jetzigen vergleichen läßt: Den Schreckenstagen des dreißigjährigen Krieges. Vielleicht versteht erst unser jetziges Geschlecht in vollem Ausmaß, welche Flut von Leiden über die Häupter und durch die Herzen des damaligen dahingebraust ist.

Jahrhunderte sind seitdem vergangen. Sie brachten dem deutschen Volke Zeiten höchsten Glanzes und tiefster Erniedrigung. Und das Wort Paul Flemings, eines anderen Dichters des dreißigjährigen Krieges: „Hier ist beständig nichts als Unbeständigkeit!" mag heute verständnisvollster Zustimmung begegnen. Dennoch haftet es nur dem äußeren Gang der Dinge und trifft nicht den innersten Kern des Geschehens. Unwandelbar sind schon die Gesetze der Natur. Und unzerstörbar ist das Bewußtsein des Ewigen in der Menschenbrust. In unsern besten Stunden hebt sich unser Sehnen weit über das gestirnte Firmament, sucht der Geist eine bleibende Heimat, glaubt er an eine Beständigkeit, hoch erhaben über die sogenannte dieser Welt. Wie auch der äußere Hergang der Himmelfahrt zu denken sei: was sie der suchenden Seele sagt, trägt den Stempel innerster, durchgeistigster Wahrheit. Sie schlägt die Brücke vom Irdischen zum Ewigen, ohne die das Schicksal des Menschengeschlechts eine Unverständlichkeit voll unsinniger Grausamkeit wäre. Der heutige Tag will und kann uns wieder zum Bewußtsein bringen, daß die Geschichte auf Erden nicht der Weisheit letzter Schluß ist, sondern eine Vorstufung im Reiche des unzerstörbaren Geistes haben muß. Er führt uns zu den Quellen des schöpferischen Seins, wohin alles geisterfüllte Wesen, nachdem es vermocht hat, sich gerade durch die Wechselfälle irdischen Geschicks zu vertiefen und zu einem höheren, eigenartigen Selbst zu entwickeln, zurückzukehren berufen ist. Wir tun Recht, allein auf diese Hoffnung unsere Nachfahrt zu gründen und im Vertrauen darauf auch unseren Nachkommen das Vorbild selbstgegründeter Hoffnungsmenschen inmitten der Stürme dieser Zeit zu hinterlassen. *

Raubüberfall auf einen Kassenboten

Zwei Eisenbahnboten schwer verletzt.

Am gestrigen Mittwoch gegen 10 Uhr vormittags wurde auf den Boten Gebhardt der hiesigen Eisenbahnstationskasse von einem Manne in feldgrauer Uniform ein Raubüberfall verübt. Gebhardt hatte 30 000 Mark, die zur Auszahlung von Löhnen bestimmt waren, von der Thielenstraße nach der Werkstatt an der Berliner Straße zu schaffen. Er benutzte einen zwischen dem Schienenfeld gelegenen erhöhten Dammweg. Unterwegs traf er den Eisenbahnboten Ender, der ihn begleitete. Aus der Richtung des Grundstücks Volkmannstraße 1 sahen sie einen Mann in feldgrauer Uniform über die Gleise auf sie zukommen. Kurz vor Gebhardt angekommen, redete der Unbekannte ihn mit den Worten an: „Wenn Dir Dein Leben lieb ist, dann gib die Tasche her." In demselben Moment feuerte er aus einer Schußwaffe auf Gebhardt und traf ihn durch den Mund. Das Geschoß sitzt noch in der rechten Halsseite, Lebensgefahr ist noch nicht beseitigt. Gebhardt brach sofort um und lief nach dem Eisenbahnhof davon. Nun aber jen Begleiter, den Boten Ender, dem Täter gegenüber. Da er auch die Waffe auf sich gerichtet sah, drehte er sich zur Flucht um, erhielt aber einen Schuß in die rechte Schulter. Die Kugel ist entfernt, Lebensgefahr besteht bei ihm nicht.

Eine Zeugin hat vorher beobachtet, daß ein Mann in feldgrauer Uniform an den Lattenzaun in der Volkmannstraße ein Fahrrad stellte, sich an den Latten zu schaffen machte und dann durch den Zaun nach dem Bahnhofsgelände zu verschwand. Wenige Minuten später hörte sie Schüsse fallen. Kurz darauf kam derselbe Mann durch den Lattenzaun zurück, schwang sich auf das Rad und fuhr eiligst davon. Obwohl er von einem Herrn mit dem Rade verfolgt wurde, entkam er doch nach der Ludwig-Wuchererstraße zu. Der Täter wird beschrieben: 23—25 Jahre alt, 1,70—1,75 Meter groß, schlank, dunkles Haar und dunkler, kurzgeschnittener Schnurrbart, gesundes, schmales, braungebranntes Gesicht und dunkle Augenbrauen. Er trug feldgraue Uniform, Wickelgamaschen, schwarze Schuhe und Infanteriestrummütze. Sein Fahrrad hatte gelbe Felgen. Wer Angaben über die Person des Täters machen kann, wird gebeten, seine Wahrnehmungen der Kriminalpolizei, Dreyhauptstr. 4, Zimmer Nr. 78, mitzuteilen. —

Der Raub des Geldes ist dem Attentäter demnach nicht gelungen.

Uebernahme des Stadttheaters in städtische Regie

Die Theaterdeputation hat in ihrer Sitzung am Dienstag über die hier seinerzeit ausführlich erörterte Vorlage des Magistrats über die Verstadtlichung des Stadttheaters beraten und ist zu dem Beschluß gekommen, die Uebernahme des Stadttheaters in eigene Regie mit der nächsten Winterspielzeit, zum 1. September d. J., zu empfehlen. In der Besprechung der Vorlage kam das Bedenken zum Ausdruck, daß durch den zu erwartenden Rückgang des Theaterbesuches die Einnahmen der städtischen Bühne erheblich sinken möchten und daß ein erhöhter Zuschuß der Stadt nonnösten sein werde, um den Etat des Stadttheaters auszugleichen. Die Deputation beschloß gleichzeitig mit der Uebernahme in eigene Regie eine Erhöhung der Eintrittspreise um 25 Prozent in Vorschlag zu bringen. Im einzelnen wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. das Theater ab 1. September 1919 in städtische Regie zu nehmen; 2. den Pachtvertrag mit Direktor Sachse zum 31. August 1919 zu lösen (der ursprüngliche Pachtvertrag mit Direktor Sachse läuft erst am 31. August 1920 ab; Direktor Sachse hat sich jedoch grundsätzlich bereit erklärt, von dem Vertrage zurückzutreten. D. Red.); 3. Den Magistrat zu ersuchen, baldigst zur Besetzung des Postens eines städtischen Theaterintendanten die nötigen Schritte zu tun und 4. die Theaterpreise um 25 Prozent zu erhöhen.

*

Es darf angenommen werden, daß der Posten des städtischen Theaterintendanten dem bisherigen Theaterdirektor übertragen wird. Wie wir seinerzeit bereits hier ausgeführt haben, hat, wie jede Kommunisierung, so auch die Uebernahme des Stadttheaters in eigene Regie, nicht nur ihre Vorteile; es wird nach wie vor nicht allein zweckmäßig, sondern auch recht und billig sein, den Intendanten finanziell mit dem Geschicke der Bühne nach wie vor irgendwie zu verbinden. Nur die Höhe der Gewinnbeteiligung wird natürlich zu revidieren sein. Wir werden auf die verschiedenen, sehr schwierig zu beurteilenden artistischen und geschäftlichen Fragen, die der vorstehende Entschluß aufwirft, noch zurückkommen.

Besondere Verordnung für die Arbeitsvermittlung

Der Magistrat teilt mit:

Der Demobilmachungsausschuß für den Stadtkreis Halle hat sich durch die Lage der Verhältnisse gezwungen gesehen, durch eine besondere Verordnung die Arbeitsvermittlung (Meldezwang der Arbeitgeber) einschließlich die Aufsicht über die gewerbsmäßige Stellenvermittlung für die Zeit der Uebergangswirtschaft zu regeln. Diese Regelung erfolgt, um in Ausführung der Verordnung über die Freimachung von Dienststellen vom 28. März 1919 mit dem Zwecke zu verhüten, daß die freien Stellen durch Bewerber besetzt werden, die nach dem Inhalte der Reichsverordnung einen Anspruch auf Versorgung mit dieser Stelle nicht haben. Es handelt sich hier allem darum, daß für den hiesigen Arbeitsmarkt Personen ausgeschaltet werden, die hier ein Heimatsrecht nicht besitzen, ihren früheren Berufen, insbesondere dem Bergbau und der Landwirtschaft, zugeführt werden müssen oder die wegen ihrer Vermögenslage ein Anrecht auf entgeltliche Beschäftigung während der wirtschaftlichen Demobilmachung nicht haben.

Andere Städte sind in gleicher Weise seit längerer Zeit vorgegangen, haben insbesondere außerordentlich scharfe, in das Wirtschaftsleben tief einschneidende Maßnahmen, welche bisher hier vermieden worden sind, ergriffen, wie: die gänzliche Aufhebung jeglicher gewerbsmäßiger Stellenvermittlung, Verbot der Aufnahme von Inseraten aus dem Arbeitsmarkt, Entlassungspflicht sämtlicher Arbeiter und Angestellten, die erst seit dem Kriege ortsangesessen sind oder vor dem Kriege der Landwirtschaft oder dem Bergbau angehörten oder auf Erwerb nicht angewiesen sind.

Wenn der Demobilmachungsausschuß von schärferen Maßnahmen auch weiter zunächst absieht, so geschieht es in der Erwartung, daß es hierdurch und durch direkte Verhandlungen mit den beteiligten Arbeitgebern erreicht wird, die Zahl der Erwerbslosen zu vermindern. Ausdrücklich hervorgehoben sei, daß die Anordnung sich auch auf die Behörden am Ort bezieht.

— **Neue Wege in der Lebensmittelwirtschaft?** An den zuständigen Stellen sind, wie uns mitgeteilt wird, fortgesetzt Erwägungen über geeignet erscheinende Maßnahmen im Interesse der Volksernährung im Gange. So steht auch der Plan zur Prüfung, die bisherige Zwangswirtschaft in landwirtschaftlichen Erzeugnissen aufzuheben, und an deren Stelle Zwangsablieferungsverbände für jeden Kreis treten zu lassen und diese später zu Zwangsgenossenschaften auszubauen. In der weiteren Entwickelung sollen die Zwangsgenossenschaften dann zu einem großen Gesamtverbande zusammengefaßt werden. Bisher haben diese Erwägungen noch zu keinem bestimmten Ergebnis geführt; aus den landwirtschaftlichen Kreisen heraus sind ernste Bedenken gegen die Vorschläge gemacht worden. Auch bezüglich der Genehmigung von Hausschlachtungen werden Anregungen erörtert, die dahin gehen, die Genehmigung der Hausschlachtungen abhängig zu machen von dem Maßstabe der vorher an den zuständigen Viehhandelsverband abgelieferten Fettschweine. Auch diese Anregung begegnet Schwierigkeiten, weil ihrer Durchführung der Mangel an ausreichenden Futtermitteln entgegensteht.

— **Die Auffstellung der Vermögensverzeichnisse** nach dem Stande der Vermögen vom 31. Dezember 1918 muß, wie hier schon mitgeteilt wurde, bis zum 31. Mai erfolgt sein. Es ist nun darauf hingewiesen worden, daß Steuerpflichtige, die es früher unterlassen haben, ihr Einkommen oder Vermögen richtig anzugeben, jetzt durch eine den Gesetzen entsprechende Vermögensaufstellung in eine schwierige Lage kommen können. Dazu ist zu bemerken, daß ein Steuerpflichtiger straffrei bleibt, wenn er seine unrichtigen oder unvollständigen Angaben, bevor eine Anzeige gegen ihn erstattet oder eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet ist, bei der Steuerbehörde berichtigt oder ergänzt und die gefährdete Steuer, soweit sie bereits fällig gewesen ist, entrichtet.

— **Die Neuregelung der Feuerbestattung.** Wie die „Pol. Inf." hören, dürfte noch vor der Einbringung einer Vorlage über die gesetzliche Abänderung des Feuerbestattungsgesetzes in die Landesversammlung eine Verfügung erlassen werden, die sich mit einer Abänderung der bestehenden Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz befaßt. Es ist zu erwarten, daß in ihr die Vorschriften über die Beschaffenheit des Sarges, die Sarg- und Leichenmäsche in Fortfall kommen. Ebenso soll die Vorschrift beseitigt werden, daß die Gebühren für die Feuerbestattung nicht niedriger angesetzt werden als die der Erdbestattung. Zwecks Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen werden die Arbeiten nach Möglichkeit beschleunigt, so daß ein Gesetzentwurf voraussichtlich noch in dieser Tagung dem Parlament zugehen kann. In dieser Vorlage werden Erleichterungen für die Beibringung des Nachweises geschaffen werden, daß der Verstorbene selbst seine Einäscherung gewünscht hat. Die Unterschrift soll in Zukunft genügen, wenn die Verfügung des Verstorbenen nicht von eigener Hand geschrieben ist. Ferner kann der Wille des Verstorbenen, eingeäschert zu werden, durch zwei, evtl. einen Zeugen als erwiesen gelten. Die Todesursache kann durch jeden beamteten Arzt durch Ausstellung eines Zeugnisses beschringt werden, und hinsichtlich der Aufbewahrung der Aschen sind Milderungen der gesetzlichen Bestimmungen vorgesehen.

— **Gutsbeamtenverein.** Am Sonntag hielt der Gutsbeamtenverein Halle, zu dem neben dem Saal- und Mansfelder Seekreis die Kreise Merseburg, Querfurt, Bitterfeld und Delitzsch gehören, eine Versammlung im „Roten Roß" ab, zu der gegen 100 Gutsbeamte erschienen waren. Es wurde lebhaft über berufliche Ausbildung, Beschäftigungsnachweis und zeitgemäßen Ausbau des Verbandes debattiert. Da der Verband in der letzten Generalversammlung die Satzung auf gewerkschaftlicher Grundlage neu aufstellte und genehmigte, darüber aber in den Kreisen der Gutsherren und landwirtschaftlichen Beamten noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, sprach der Verbandssekretär Zöllner-Cöthen ausführlich über diese Fragen und über den kommenden Einheitsverband der Privatangestellten Deutschlands. Die Versammlung war einstimmig dafür, dem Einheitsverband beizutreten, obwohl seitens der einzelnen Redner betont wurde, daß dann von jedem Mitgliede größere Opfer gebracht werden müssen und daß der Verband als solcher aufgelöst werden muß. Eine energische Protestkundgebung gegen den Gewalt- und Schmachfrieden wurde an die Reichsregierung abgesandt. — Der Zweigverein Halle zählt 370 Mitglieder, ungefähr ein Drittel der im Bezirke wohnenden landwirtschaftlichen Beamten. Anmeldungen sind zu richten an die Geschäftsstelle des Gutsbeamtenverbandes in Cöthen (Anh.), Auerstraße 10 oder an den Vorsitzenden, Oberinspektor Nöhring in Spören (Skr. Bitterfeld).

— **Aus dem Schwurgericht.** Die 1897 geborene Ehefrau Marta Haar, geb. Körner in Greppin war der vorsätzlichen Kindestötung angeklagt. Wegen Gefährdung der Sittlichkeit

---

Nachdruck verboten.

Die Referendarin

Roman von Carl Busse.

11]

„Na, dann legen Sie wenigstens Hut und Schirm ab!" er mußte fast lachen. Unten von der Schirmspitze tropfte das Wasser. Man hörte es in dem Halbdunkel mehr, als man es sah. Es mußte sich auf dem Fußboden schon eine kleine Lache gebildet haben.

„Wollen Sie rauchen? Nein? Dann bitte, Herr Stadtsekretär, schießen Sie los. Es wird Sie nicht stören, wenn ich mir ne Zigarre anstecke."

Er setzte sich auf den Stuhl vor dem Schreibtisch. Auf dem Kanapee, den Kopf erhoben, die Vorderfüße lang ausgestreckt, lag Satan. Etwa in der Mitte des Zimmers stand Gustav Zühlke.

„Ich komme diesmal nicht in einer geschäftlichen Angelegenheit, Herr Referendar. Etwas ganz Persönliches führt mich zu Ihnen. Es wird . . . mir schwer, darüber zu reden. Ich habe . . . auch lange gezögert. Seit Sonntag war ich schon mehrere Male auf dem Wege zu Ihnen. Aber . . . Ich . . ."

Er zerrte verlegen an der linken Manschette. Er äußerte in verhaltener Erregung.

„Ich komme wegen Jule Fischer," sprach er dann leise.

Lastendes Schweigen und Dämmerung. Satan, als ob er das nicht gefiele, knurrte leise. Gustav Zühlke starrte auf sein Kinn auf den Teppich. Er atmete nicht einmal.

Peter war still geblieben. So was Aehnliches hatte er sich ja gleich gedacht. Er hatte die Worte auf der Zunge: „Ich wußte nicht, Herr Stadtsekretär, weshalb ich mich darüber mit Ihnen unterhalten sollte — —," aber als er die traurige Gestalt mit gesenktem Haupte dastehen sah, blies er ein paar stärkere Rauchwolken in die Höhe: „Und —?"

Ein tiefer Atemzug.

„Ich danke Ihnen, Herr Referendar. Ich hatte Furcht, Sie würden mich gar nicht anhören. Und ich möchte nur sagen . . . nur sagen . . .

„Nämlich Jule Fischer und ich kennen uns doch schon von klein an. Wir haben doch zusammen gespielt. Und die Familien sind doch befreundet. Und das stand schon seit Jahr und Tag fest, daß wir beide mal ein Paar werden. Als die Jule noch n Zopf hatte und erst halb lang ging, hat mein Vater sie schon immer „Schwiegertochter" genannt. Später ist sie dann so schön geworden, und weil ihr alle nachgelaufen sind, besonders die Referendare, hat sie sich wohl 'was Besseres gedünkt. Vielleicht war's auch 'was anderes. Ich hab' sie jedes Jahr lieber gewonnen. Aber wenn ich gekommen bin, hat sie immer nur den Kopf geschüttelt. „Ist bin noch zu jung," hieß es heute; „kannst du denn gar nicht warten?" hieß es das nächste Mal.

„Da haben wir beide gewartet. Ich auf sie; und sie . . . Gott weiß, worauf. Wohl auf etwas, das ich ihr nicht geben kann. Ich bin ein ruhiger Mensch. Ich hab' nur den einen Wunsch, ein stilles und glückliches Heim zu haben mit Jule als meiner Frau. Die ganze Stadt hat mich ausgelacht — ich hab' gewartet. Das Warten hab' ich gelernt. Schon auf dem Gymnasium. Als Sohn vom Pedell, mit Freischule, da muß man alle andern voranlassen. Sonst wird man gleich geduckt. Sie können sich das nicht so denken, Herr Referendar, und ich erzähl' es auch bloß, weil es nun einmal dazu gehört. Bis Sie hierher kamen, war auch alles noch gut. Ich hab' eben gewartet. Und ich hab' gesehen, daß Jule auch sonst nicht gefunden hat, was sie vielleicht suchte. Aber seit Sie da sind —"

Er trat von einem Fuß auf den andern. Er hob zum ersten Male den Kopf, den er bisher hartnäckig gesenkt hatte. Seine Augen, in denen der Gram sah, gingen durchs Dunkel nach dem Fleckchen, wo die Zigarre leuchtete.

„Nun ist alles wie verwandelt. Weil Jule . . . nun gefunden hat. Weil sie Sie doch lieb hat. Und weil Sie . . . weil Sie wohl mit ihr einig sind."

Es war undeutlich. Es war mehr gemurmelt.

„Woher haben Sie eigentlich Ihre Wissenschaft, Herr Stadtsekretär?" fragte Peter nach einer Pause.

„Aber Herr Referendar —! Ich war doch in Barkow. Ich brauch' doch nicht erst zu fragen. Ich lese ja der Jule alles vom Gesicht. Und es weiß doch . . . jedes Kind."

Ein kurzes Lachen. „Bitte — weiter!"

Der andere strich sich mit der Hand über die Stirn.

„Es ist doch nicht mehr viel zu sagen. Verzeihen Sie, daß ich mich da neben Sie stelle: wir beide haben . . . das Mädchen . . . lieb. Was erwartet sie durch Sie? Vielleicht, daß ein Augenblicksglück noch Wochen oder Monate hingezögert wird. Daß dann der Abschied noch schwerer wird, daß Sie das Mädchen ganz zerbrochen zurücklassen. Sie ist ja leicht eitel, die Jule, sie wollte immer hoch hinaus. Sie wird sich nach Ihnen richten und wird in den Verhältnissen, in denen sie lebt, bald ganz unglücklich sein. Sie ist es schon. Seit dem Kegelfest weiß ich das. Aber eine kurze Hoffnung kann sie vielleicht verminden. Wenn das jedoch länger währt, wenn sie sich noch Monate nach Ihnen richtet und alles mit Ihren Augen Ansicht, dann ist sie schließlich ganz für solch Leben, wie sie es doch wird führen müssen, verloren. Die Enttäuschung wird dann zu groß sein. Sie wird bitter werden, verbittern. Und unglücklich sein fürs ganze Leben. Ich kann ihr nicht bieten, war sie bei Ihnen finden würde: weder die Stellung, noch die Bildung, noch die Wohlhabenheit. Ich bein ein kleiner Beamter. Und dann wird sie als meine Frau unzufrieden sein und unglücklich.

„Denn einst, Herr Referendar, wird sie ja doch meine Frau. Das weiß ich. Und darauf werde ich warten ob noch zehn Jahre vergehen."

Er sagte das ganz ohne Pathos. Aber mit unerschütterlicher Bestimmtheit. Er konnte an seinen Gott nicht fester glauben, als daran.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905291-15/fragment/page=0003

wurde die Oeffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Die Geschworenen bejahten nur die Schuldfrage nach fahrlässiger Kindestötung, worauf das Gericht die Angeklagte dem Antrage der Staatsanwaltschaft entsprechend zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren verurteilte; 6 Monate der Untersuchungshaft wurden als verbüßt angerechnet. —

Die Strafkammer verurteilte weiterhin: den Arbeiter Heinrich Geier wegen Teilnahme am Aufruhr zu einem Jahre 8 Monaten Gefängnis; er hatte mitgeholfen, ein Maschinengewehr, das den Landesjägern auf dem Markte abgenommen worden war, nach der Saale zu tragen; den Arbeiter Karl Voigt zu einem Jahre 3 Monaten, Frau Luise Voigt zu 10 Monaten, den Arbeiter Paul Schmidt zu einem Jahre, Frau Frieda Schmidt zu 10 Monaten und den Geschirrführer Otto Leutsch zu einem Jahre Gefängnis, sämtlich wegen Landfriedensbruchs und Unterschlagung.

*

— **Konzert in der Universitätsaula.** Es ist auffällig, wie oft jetzt der Name Brahms auf den Programmen erscheint, wie häufig ganze Musikabende nur mit Werken aus dem Schaffenskreis dieses Meisters bestritten werden. Für den Ernst der Musikpflege ist das ein gutes Zeichen, nicht minder für das stetig wachsende Verständnis des Publikums. Denn Brahms geht allen äußerlichen Wirkungen weit aus dem Wege; seine Kunst ist nur wenen gewendet und erschließt sich völlig nur dem, der sie sucht und mit Liebe umfängt. Auch das Konzert, welches am Dienstag in der Universitätsaula zum Besten der heimgekehrten Kriegsgefangenen veranstaltet wurde, war nur Johannes Brahms gewidmet; und zwar verzeichnete der Zettel die Sonate für Klavier op. 5 in f-moll, eine Reihe prächtiger Lieder und die Sonate für Geige und Klavier, op. 108, in d-moll. Die Klaviersonate ist hier in den letzten Jahren oft von bedeutenden Künstlern gespielt worden. Deshalb hatte es Dr. Grote, der doch nicht Pianist von Beruf ist, ziemlich schwer, Anerkennung zu erringen. Allein Dr. Grote setzte sich in erfreulichster Weise durch. Sein Können ist so achtenswert und so hoch entwickelt, daß es mühelos den Dienst des musikalischen Denkens und Empfindens verrichtet. Und da nun Dr. Grote offenbar eine durch und durch musikalische Natur ist, so war es ein Genuß, seiner künstlerischen Betätigung hier wie in der Violinsonate und in der Begleitung der Lieder zu folgen. Seine Auffassung gefällt sich oft in Verlangsamung der Zeitmaße, eine Neigung, die besonders in den beiden ersten Sätzen bemerkbar wurde. Allein trotzdem kam der Gedankenaufbau des Werkes sehr gut zu seinem Recht. Im Andante bezw. Adagio wurde die wunderbare Stimmung in Ton und Vortrag sogar vorzüglich wiedergegeben. Der Höhepunkt in der Wirkung die Violinsonate wurde ebenfalls im Adagio erklommen. Konzertmeister Johannes Berfteg brachte es durch Wärme und Innigkeit zu überzeugendem Ausdruck und bewährte auch in den anderen Sätzen sein lebendiges Fühlen und seine sorgfältig gepflegte Kunst. Von den Liedern, die Dina Mahlendorff ausgewählt hatte, und die, wie „Geheimnis", „Mädchenlied" und „Muß es eine Trennung geben" an feinste und gediegenste Schulung der Stimme die höchsten Ansprüche machen, war eins immer herrlicher als das andere. Die mit Recht geschätzte und beliebte Künstlerin sang sie vollendet und mit voller Hingebung, so daß der Seelenadel dieser köstlichen musikalischen Lyrik in hellem Licht erstrahlte. Dr. W. Kaiser.

Provinz Sachsen

Deuschnationale Volkspartei
Landesverband Merseburg
Zwochau, Kreis Delitzsch

* Gegen den Gewaltfrieden sind weitere Entschließungen eingegangen:

Am Sonntag, den 25. Mai, fanden sich im Roßbergerschen Saale zahlreiche nationalgesinnte Männer ein, um gegen den Gewaltfrieden der Feinde Einspruch zu erheben. Die Gedanken der aufmerksamen Zuhörer wurden gefesselt durch die treffenden, auf reichliche Tatsachen gestützten Worte des Vortragenden, Dr. Hoffmann-Kutschke aus Halle. In großzügigem völkischen Rahmen legte der Redner dar, wie die politischen Verhältnisse der vergangenen Zeit und Gegenwart in und außer Landes in ihren Wechselwirkungen betrachtet werden müssen. Die anregenden Ausführungen gipfelten in der Erkenntnis der ernsten Gefahr, welche dem Deutschtum gegenwärtig in dem schleichenden Terror des Judentums droht, und gaben andrerseits dem Gedanken Ausdruck, daß die nationale Idee als staatserhaltend und staatsfördernd auf Grundsätzen beruht, für deren Verwirklichung mitzuwirken die wichtigste Aufgabe jedes Deutschfühlenden ist. In diesem Geiste zu arbeiten, wird die neugebildete Ortsgruppe Zwochau der Deutschnationalen Volkspartei ihre Aufgabe sehen. Mit der Gründung der Ortsgruppe wurde durch Beitritt fast aller Anwesenden ein Schritt Anfang gemacht. Herr Oberinspektor Treckmann-Gleisen betonte die Notwendigkeit, daß sich alle, welche der nationale Gedanke in unserer Gegend eint, zusammenschließen müssen, um mitzuarbeiten an der Gesundung unseres Volkes. Rege Teilnahme an der Förderung alles dessen, was die völkische Erneuerung bedingt, ist die Pflicht aller Deutschnationalen! Denken wir an unsere Jugend! Ein lohnendes Arbeitsfeld findet die Ortsgruppe in der Jugendpflege. Die Kundgebung der Versammlung wurde in folgender Entschließung zusammengefaßt und dem Landesverband der Deutschnationalen Volkspartei zugeführt:

Die Ortsgruppe Zwochau der Deutschnationalen Volkspartei ist empört über die grausamen Friedensvorschläge der Feinde, die Deutschland mit schmachvoller Verstümmelung, mit wirtschaftlicher und politischer Verarmung und Erwürgung bedrohen. Sie fordert die Regierung auf, diesen Frieden abzulehnen, der nicht für Deutschland die Freiheit der Meere, der Schiffahrt und des Handels sichert, die uns abgenommene Handelsflotte und unentbehrlichen Kolonien zurückgibt. Lieber tot als Sklave.

Eilenburg

Ortsgruppe Eilenburg der Deutschnationalen Volkspartei erhebt Widerspruch gegen jeden Frieden, der gegen die zwischen uns und den Feinden geschaffene Rechtsgrundlage verstößt. Regierung und Nationalversammlung müssen einen Frieden ablehnen, der nicht die Freiheit des Meeres, des Handels und der Schiffahrt sicherstellt, der nicht die Handelsflotte und die Kolonien zurückgibt. Kein Stück deutscher Erde darf preisgegeben werden.

— **Kleipzig, 27. Mai.** (Ortsgruppengründung der Deutschnationalen Volkspartei.) In einer Ortsgruppen-Gründungsversammlung sprach am Sonntag, den 25. Mai, Dr. Hoffmann-Kutschke, Halle, über „Die Not und das Gebot der Zeit". Im Anschluß an die bemerkenswerten Worte des Redners wurden viele Mitglieder für die Partei neu gewonnen. Eine größere öffentliche Versammlung wurde für die nächste Zeit in Aussicht genommen.

p. **Retzschau b. Leuchtheid, 29. Mai.** (Diebstahl.) 5 Schafe und 3 Ziegen stahlen vorige Woche Diebe im hiesigen Gasthause. Sie durchbrachen von außen eine Mauer zum Stalle und entfernten auf diesem Wege ihren Raub. Spuren sind bis jetzt nicht gefunden, so daß das Diebesgut wohl längst in Sicherheit ist.

f. **Dessau, 28. Mai.** (Kriegsbeschädigtenkrawalle.) Die Dessauer Kriegsbeschädigten setzten heute mittag längere Zeit den Straßenbahnverkehr dadurch lahm, daß sie in der Kavallerie-kreuzkaserne eine Kette bildeten und die Wagen nicht passieren ließen. Sie wollten auf diese Weise ihre Forderung auf Fahrpreisermäßigung erzwingen. Gleichzeitig demonstrierten Kriegsbeschädigte vor der Wohnung des Straßenbahndirektors. Reichswehr zerstreute die Demonstranten.

„H.J." Sportberichte

Die erste Zwischenrunde um die Mitteldeutsche Meisterschaft findet nächsten Sonntag statt und zwar spielen gegeneinander: Der Meister der Saalegaues Halle 96 gegen den Meister des Saale-Elstergaues Hohenzollern-Naumburg in Merseburg auf dem Platze des V. f. B., der Meister vom Mittelelbgau Preußen-Wader-Magdeburg gegen den Altmeister V. f. B.-Leipzig in Leipzig und der Meister vom Ostjachsen-Ring-Dresden gegen den Meister von Südsachsen V. f. B.-Chemnitz in Chemnitz. Die 3 Sieger dieser Spiele zu denen dann der Meister von Thüringen, der Sportklub Erfurt tritt, treffen sich dann am 15. Juni in der 2. Zwischenrunde. Die Gegner sind noch nicht bestimmt.

Sportplatz v. 1896 am Angerweg. Am Sonntag d. 1. Juni Vormittags tritt die gemischte Damen-Herren-Mannschaft des H. F. C. 96 gegen die Damen-Mannschaft des Sandersdorfer Hockeyklub an. Näheres hierüber wird noch veröffentlicht.

— **1910er Sportplatz (hinter der Pferderennbahn am Passendorfer Busch).** Am kommenden Sonntag, den 1. Juni, finden die Pokalspiele um den vom H. F. C. v. 1910 gestifteten Pokal statt. Nachdem die Gegner ausgelost worden sind, treffen sich um ½3 Uhr Olympia I und Eintracht I, ¾4 Uhr Minerva I und 1910 I. Um 5 Uhr dann die beiden Sieger dieser Spiele im Endspiel. Es sind sehr interessante Kämpfe zu erwarten und ist mit Spielverlängerung zu rechnen, da die Gegner ziemlich gleichwertig sind und ein jeder Verein seine besten Kräfte ins Treffen führen wird. Den Sieger im voraus zu bestimmen, ist sehr schwer, da die in letzter Zeit von den vier beteiligten Mannschaften erzielten Resultate sehr gute sind. Mit Recht kann man die Teilnehmer als die besten der zweiten Klasse bezeichnen. Der gestiftete Pokal ist im Sporthaus Bacher, untere Leipzigerstraße, ausgestellt.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet.

Industrie, Handel, Handwerk

* **Sacharinfabrik vormals Fahlberg, List u. Co., Magdeburg.** Wie unser ss.-Mitarbeiter drahtet, wird die bevorstehende Generalversammlung über die Aufnahme einer Obligationsanleihe in Höhe von 5 Millionen Mark Beschluß fassen.

Einfuhr von Kolonialwaren. Die vor kurzem in Hamburg gegründeten Wirtschaftsstellen für Kaffee, Tee und Kakao, denen durch die Bekanntmachungen des Reichswirtschaftsministers vom 16. Mai gewisse Befugnisse für die Regelung und Ueberwachung der Einfuhr dieser Kolonialwaren übertragen worden sind, werden mit Anträgen auf Einfuhrbewilligung geradezu überschüttet. In den beteiligten Handelskreisen herrscht offenbar die Auffassung, daß nunmehr eine Einfuhr in gewissem Umfange sofort zugelassen werden kann. Leider ist dies nicht der Fall. Die Gründe, welche bisher zur Zurückstellung oder Ablehnung von Einfuhranträgen geführt haben, bestehen noch fort. Die gegenwärtige politische Lage legt sogar noch ganz besondere Zurückhaltung auf. Es muß abgewartet werden, ob uns die harten Friedensbedingungen unserer Feinde überhaupt die Möglichkeit lassen, die Einfuhr solcher Waren, die nicht zum allernotwendigsten Lebensbedarf gehören, aufzunehmen. Behält bei der Entente die Absicht unserer wirtschaftlichen Vernichtung die Oberhand, so schwindet unsere Aufnahmefähigkeit für diese Waren völlig. Jedenfalls ist es ausgeschlossen, vor Klärung dieser Frage die Einfuhr von Kaffee, Tee und Kakao zuzulassen. Sollte sich die Situation ändern, so wird dafür gesorgt werden, daß die interessierten Kreise rechtzeitig davon Kenntnis erhalten. Die Befürchtung, durch die Unterlassung von Einfuhranträgen könnten dem Einzelnen irgend welche Nachteile entstehen, ist völlig unbegründet. Wie durch das W. T. B. vor kurzem verbreitet worden ist, erfolgt die Erteilung von Aus-, Ein- und Durchfuhrbewilligungen durch den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen gebührenfrei. Soweit für die Vorprüfung von Ausfuhranträgen jedoch Zentralstellen für Ausfuhrbewilligungen bestehen, erhalten diese Zentralstellen für die Bearbeitung der Ausfuhranträge Gebühren, die zur Deckung der den Zentralstellen erwachsenden Bürounkosten bestimmt sind.

Gesellschafts-Abschlüsse

Kaligewerkschaft Wilhelmshall in Anderbeck. Nach dem Abschluß ergab sich ein Rohüberschuß von 561 728 (i. V. 20 508) Mark. Nach Absetzung von 15 280 Mk. für Kursverlust, von 34 583 Mk. für Anleihezinsen und 511 518 Mk. für Abschreibungen blieb ein Reingewinn von 848 Mk., um den sich der Gewinnvortrag auf 10 890 Mk. erhöht. Die Schachtanlage hat bereits eine Tiefe von 239 Meter erreicht. Bis zum Salz sind nur noch 77 Meter abzuteufen. Der Vorsitzende verbreitete sich in ausführlicher Weise über die Lage der Kaliindustrie und untergog die Preispolitik der Regierung einer scharfen Kritik. Wie sich die Lage der Kaliindustrie bei Andauer der gegenwärtigen Verhältnisse zahlenmäßig ausdrücke, könne man aus folgendem beurteilen: Gegenwärtig sind an dem Absatz 200 Kaliwerke beteiligt, und der Absatz wird für 1919 auf 250 Mill. Mark geschätzt, so daß für jedes Werk eine Einnahme von 1¼ Mill. Mark herauskommen würde. Diese Summe aber werde vollständig durch Löhne und Aufwendungen für Kohle, Material usw. aufgebraucht. Ungeheuer verteuert werde auch der Betrieb durch den Rückgang der Leitungen. Vor dem Kriege wurden noch 28 bis 30 Wagen pro Schicht gefördert, heute ist diese Leistung auf 6 Wagen zurückgegangen. Ein kleiner Hoffnungsschimmer scheine der Kaliindustrie jetzt in der Errichtung des Reichskalirats, in der Beteiligung der Arbeitnehmer gleichmäßig vertreten sind. Man könne nur hoffen, daß etwas Ersprießliches aus diesen Beratungen herauskommen werde. Die Versammlung, in der 866 Kuxe durch 25 Gewerken vertreten waren, genehmigte einstimmig die Jahresrechnung und beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 6 Mill. Mark zur Abstoßung der Verbindlichkeiten im Betrage von 3 235 881 Mk. und der Rückzahlung der noch im Umlauf befindlichen Obligationen im Betrage von 770 000 Mk. und zur weiteren Deckung der durch den Umbau und Fertigstellung der modernisierten Anlagen von Wilhelmshall und Dingelstedt erforderlichen Beträge sowie sonstiger Ausgaben. Diese zur ersten Stelle, nach Rückzahlung der jetzt noch bestehenden Obligationsanleihe auf dem Grund- und Bergwerkseigentum eingetragende Anleihe ist mit 5 Proz. ab 1. Mai 1919 zu verzinsen und vom 1. Januar 1925 ab innerhalb 28 Jahren durch Auslosung zurückzuzahlen. In den Grubenvorstand wurden neugewählt Oberbergrat Paul Lohmann und Kommerzienrat Neitzel-Fulda.

Vulcan-Werke Hamburg und Stettin, Dividendenverteilung: 8 Prozent (8, 8, 8, 6 Prozent in den vier Vorjahren).

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Unsere Gegenvorschläge auf die Friedensbedingungen der Entente bildeten naturgemäß an der Börse den Hauptgegenstand der Erörterung. Jedoch wurde die Haltung im allgemeinen hierdurch kaum noch irgendeiner Richtung hin beeinflußt. Es herrschte vielmehr die gleiche Unlust und Wahllosigkeit wie an den vorhergehenden Tagen, und von wenigen Ausnahmen abgesehen, neigten die Kurse wieder abwärts. Aufrechthalten sich die Rückgänge im Einklang mit der Geringfügigkeit der Umsätze in engem Rahmen. Zur höheren Kursen wurden Deutsch-Luxemburger um 2 mit einem Kursgewinn von wieder 4 Proz. und ferner Lothringer Hütte umgesetzt. Auch Höchster Farben sowie Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation stellten sich höher. In ausländischen Aktien fand heute gleichfalls kein nennenswertes Geschäft statt. Kanada-Aktien holten einen anfänglichen Verlust von 7 Prozent wieder ein. Russische Banken sowie Petroleum-Aktien waren kaum verändert. Kolonialwerte gaben größtenteils bei kleinen Umsätzen nach. Am Anlagemarkt herrschte gleichfalls schwache Stimmung vor. Deutsche Kriegsanleihe sank von 76¼ auf 75½ nach. Die Börse schloß lustlos ohne Besserung. Die Kursbewegung in bezug auf einheitlichen Kursen gehandelten Industriewerten war geteilt.

Produktenbericht. Im hiesigen Verkehr mit Landesprodukten hat sich nicht viel geändert. Das Geschäft für Lupinen bleibt lebhaft, namentlich für gelbe, für die ein Preis von unge-fähr 45 Mark geboten wird. Weniger gesucht sind blaue, ganz vernachlässigt weiße Sorten. In Serradella und Rottlee ist eine Aenderung der Geschäftslage nicht eingetreten. Für Grassaaten zeigt sich wieder größerer Begehr. Stroh ist in den letzten Tagen in ziemlich großen Mengen hier angekommen. Die Tendenz ist matt. Heu bleibt sehr knapp. Wetter: schön.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:		Gasmotoren Deutz	111.—
Halberstadt-Blankenb.	87.75	Gebhardt u. Co.	110.—
Halle-Hettstedter	—.—	Gebhardt u. König	69.—
Schantungbahn	119.75	Gelsenkirch. Bergb.	124.9
Allg. Lokal-Str.	123.	Glanzstoff Zuckerfbr.	243.75
Gr. Berl. Str.	122.75	Hallesche Masch.-Fabr.	307.—
Magdeburger	160.—	Hann. Masch.	170.—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	235.50	Harpener Berg	143.75
Orientbahn	231.50	Hasper Eisen	150.—
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	150.—
Hambg. Paketfahrt	85.5/6	Höchster Farbw.	548.—
Hambg.-Südamerika	140.—	Hoesch Eisen u. Stahl	151.90
Hansa-Dampfschiff	188.—	Hohenlohe-Werke	110.—
Nordd. Lloyd	89.75	Humboldt-Masch.	116.75
Banken:		Ilse-Bergbau	290.—
Bank für Thür.	—.—	Kahla-Porzellan	271.—
Berl. Handelsges.	144.25	Kaliw. Aschersleben	160.—
Comm u. Diskontobank	122.50	Körbisdf. Zucker-Akt.	—.—
Darmstädter Bank	105.25	Kyffhäuserhütte	—.—
Deus. Landesbank	—.—	Lahmeyer u. Co.	115.50
Deutsche Bank	202.—	Lauchhammer	112.—
Diskonto-Comm.	147.50	Laurahütte	143.75
Dresdner Bank	130.—	Linke u Hofmann	112.—
Credit.-anst. Leipzig	131.50	Ludwig Loewe u. Co.	258.—
Mitteld. Kreditbank	112.50	Lothringer Hütte	136.—
Privat-Bank	—.—	Mannesmannröhren	130.—
Nationalbank	122.—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	106.25
Oesterr. Kredit	—.—	do. Kokswerke	130.50
Reichsbank	141.—	Orenstein u Koppel	110.—
Industrie-Aktien:		Phönix-Bergb.	161.50
Schultheiß-Brauerei	220.—	Rhein. Metall-Vorz.	141.25
Akt. f. Anilin	213.—	Rhein Stahlwerken	138.—
Allgem. Elektr.-Ges.	160.—	Riebeck Montan	130.—
Ammendorfer Papierf.	—.—	Rombacher Hütten	130.25
Anhalter Kohlenw.	157.—	Rositzer Brannk.	90.25
Annaberger Steingut	155.75	Rositzer Zucker	181.25
Badische Anilin	209.—	Sangerhäuser Masch.	85.—
Bergmann-Elekt.-Akt.	144.—	Hugo Schneider u. Co.	172.—
Berl. Masch.-Bau	189.—	Schuckert u. Co.	117.—
Bismarckhütte	168.75	Siemens u. Halske	152.—
Bochum-r Gußstahl	162.5/6	Stettiner Vulkan	143.—
Chem. Fabrik Buckau	—.—	Stollberger Zink.	—.—
Chem. Grünau	168.25	Strelis. Spielkarten	142.—
Chem. v. Heyden	178.75	Thale-Eisenhütte	196.75
Consolidation Schalke	205.—	Triptis-Akt.-Ges.	174.—
Crölwitzer Papierfabr.	—.—	Türkisches Tabakregie	142.—
Daimler-Motoren	175.—	Ver. Köln-Rottweiler	178.50
Deutsch-Luxemburg	122.50	Glanzstoff Elberf.	410.—
Deutsche Ueberseee-Bl.	217.—	Wegelin u. Hübner	136.—
Deutsche Erdöl	280.—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—.—
Deutsche Gasglühl.	280.—	Westeregeln-Alkali	197.50
Deutsche Kali	156.—	Wittener Gußstahl	157.50
Deutsche Waff. u. Mun.	224.50	Wrede-Mälzerei	119.—
Donnersmarkhütte	200.50	Zeleh.-Kriebitsch. Brk.	—.—
Döring u. Lehrmann	70.—	Zeitzer Masch.	270.50
Dürkoppwerke	275.25	Zellstoff Walthof	174.75
Elberfelder Farben	248.—	Otavi-Minen	112.—
Felten u. Guilleaume	152.50		

Gewinn-Auszug
der
13. Preuss.-Südd. (239. Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse — 18. Ziehungstag — 27. Mai 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

10 Gewinne zu 5000 M 1835 36299 49011 159325 186824 83 Gewinne zu 3000 M 10693 14728 17012 17512 20529 33399 62445 45980 49429 57270 67475 68611 74088 74099 78908 85705 106861 118165 119859 122099 127017 129802 129917 131039 135668 149823 154594 164901 168381 169878 170382 183974 185751 185868 193289 207409 212836 216185 220611 228106 232638

144 Gewinne zu 1000 M 440 854 6395 6804 9257 14597 18431 19787 34523 35877 38590 41615 44099 46921 61809 62195 64435 69855 87469 84394 85815 85963 90951 95558 96087 98043 99450 102848 103047 107406 107628 112311 115310 115802 121230 121377 123649 127078 128172 128775 139024 147598 148545 149594 149651 151205 152979 155608 163347 169254 173497 174165 177383 180939 181384 182869 187409 187427 187998 192797 193646 194524 197529 197608 202279 201191 208342 208589 215491 218355 223363 230013

190 Gewinne zu 500 M 2164 2980 2170 4021 5280 6587 6985 7281 9806 11231 13155 13192 16125 16395 17048 23109 31758 35887 33707 34873 35473 37359 45276 45549 49581 50511 52171 52737 53812 56738 58860 67364 68719 77668 78230 78597 79266 79790 80247 81382 83383 86867 88390 89796 95962 99992 100662 102091 102392 103289 103535 105271 105550 105744 106587 108810 107275 112356 118139 127355 134489 142830 143094 143208 145023 150522 152192 152986 164430 168103 168081 169817 161406 172742 176713 177115 177386 177775 181061 181211 183226 192208 193072 193523 194303 194697 199318 200674 201820 206360 210468 220441 233863

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 15000 M 97368
2 Gewinne zu 10000 M 100030
4 Gewinne zu 5000 M 60870 230646
50 Gewinne zu 3000 M 16306 16919 48014 49063 53683 55541 58780 63598 76349 80483 82725 94350 94789 99940 101434 113239 115102 118297 125165 127289 134821 144926 153573 202789 220611

104 Gewinne zu 1000 M 5339 8811 7523 9603 12712 14394 15382 15823 16089 18851 19221 19876 22319 24227 25172 30850 31300 35881 39011 40704 48072 48768 61266 64673 67107 70928 75030 76575 80820 89799 97378 98671 99947 99789 99745 104518 105281 109591 111974 116907 116411 117781 130267 132872 132177 144601 147280 147886 149818 152196 154701 156071 158802 165865 167072 171377 169983 174395 174948 178332 179020 182388 184045 184477 195361 196231 199296 204527 206101 207162 214399 216355 218390 217604 217989 219968 220236 221077 222066 233916

218 Gewinne zu 500 M 166 7086 17694 18444 21491 23654 30610 31505 32165 38573 39139 43524 43862 49234 49523 54805 55929 57897 59295 61423 63873 69077 71902 72420 74848 75063 77267 78774 79017 79529 82700 82942 86527 87935 88204 91667 95483 95746 97285 101800 102154 102467 102940 103015 106116 106746 108154 113055 118907 132093 141756 138537 138353 139065 140441 142475 147873 151197 152694 155881 156063 157404 157463 157750 158156 159530 159877 160386 161171 176106 176690 180067 180841 182566 182946 183877 187100 188490 190391 191899 192928 193583 201717 203132 203873 205475 205928 206216 207431 208557 208737 213583 215115 215228 216096 219156 222018 222491 234173 224708 227371 229786 230600 230683

Hauptschriftleiter: Hermann Böttcher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Hermann Böttcher. Kulturwissenschaft, Handelsteil: für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung, Feuilleton und für den lokalen Teil: Karl Meier, für provinzielle Nachrichten Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen Teil: Hans Helling, für den Anzeigenteil: Karl Kerben, sämtlich in Halle a. S.
Druck und Verlag der Hallischen Zeitung Otto Thiele, Halle a. S.
Verlagsdirektor: Robert Boepple. (Vertreter.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905291-15/fragment/page=0004